Fortsetzung der Hauptverhandlung
am Dienstag, den 22. Juli 1975,
um 9.03 Uhr.

(18. Verhandlungstag)

Gericht und Bundesanwaltschaft erscheinen in derselben Besetzung wie am 1. Verhandlungstag.

Als Urkundsbeamte waren anwesend:
Just.Ass. z. A. Clemens,
Just.Ass. z. A. Scholze.

Die Angeklagten waren anwesend mit ihren Verteidigern:
Rechtsanwälte Becker, Dr. Heldmann, Riedel,
v. Plottnitz, Egglar, Schnabel, Schwarz,
Schlaegel, König, Linke, und Grigat.

V.:

Wir setzen die Sitzung fort. Mit Ausnahme der Herren RAe Künzel und Schily scheint mir alles dazusein.

Ja, Frau RAin?

RAin Be.:
RA Schily kommt
Die ~~kommen~~ kommen in zehn Minuten.

V.:

Danke schön.

Herr RA Dr. He.-nunmehr als Pflichtverteidiger von Andreas Baa - Sie haben die entsprechende Verfügung erhalten.?

RA Dr. He.:

Ja. Ich habe sie erhalten.

V.:

Es beginnt heute der 3. Verhandlungsmonat. Nach § 243 der StPO folgt auf den Aufruf der Sache - der Feststellung der Anwesenheit der Prozeßbeteiligten und eventueller Zeugen - normalerweise die Vernehmung der Angekl. zur Person.

Wir sind in 2 Monaten Verhandlung, ohne daß das Gericht daran etwas ändern konnte, nicht so weit gediehen, wie sonst Strafverfahren meist in wenigen Minuten. Wir bewegen uns sozusagen noch in einem Zwischenraum zwischen dem Aufruf der Sache und der Personenvernehmung, der in der StPO noch nicht einmal geregelt ist, und es wäre nun sehr zu begrüßen, wenn wir diese Prozeßphase abschließen und nunmehr zur Personenvernehmung gelangen könnten.

Herr RA Dr. He..

RA Dr. He.:

Herr Vors., die Ereignisse außerhalb der Hauptverhandlung, die hier schon einmal Gegenstand ausführlicher Erörterungen gewesen sind, machen es notwendig, heute einen Antrag zu stellen, und zwar:

Ich beantrage für Herrn Baa.,
die Hauptverhandlung zu unterbrechen.

Mit Beschluß vom 18.7.1975 hat das AG Berlin den Haftbefehl gegen RA Ströbele mangels Tatverdachts aufgehoben.

Das ist 1. durch Pressemitteilungen allgemein bekannt; vorsorglich aber berufe ich mich hierfür auf die anwaltliche Versicherung des Kollegen Schily, der den Kollegen Ströbele in jenem Verfahren vertritt und auch in dem Haftprüfungstermin am Freitag zugegen war.

Zur Begründung dieses Antrags:

Herr Ströbele ist Verteidiger des Herrn Baa. in diesem Verfahren. Er ist durch Beschluß vom 13.5.1975 des OLG Stgt., 1. Strafsenat, von der Verteidigung seines Mandanten Baa. ausgeschlossen worden nach § 138 a Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 3, nämlich,

weil er dringend verdächtig sei, an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung in diesem Verfahren bildet, beteiligt zu sein

- das ist Abs. 1 -,

und Abs. 2 Ziff. 1,
weil er dringend verdächtig sei, daß er den Verkehr mit dem nicht auf freiem Fuß befindlichen Beschuldigten, also seinem Mandanten Baa., dazu mißbraucht, Straftaten, die im Höchstmaß so und so bedroht sind, zu begehen.
Im Sachverhalt und in der rechtlichen Würdigung war der dringende Tatverdacht im Ausschließungsbeschluß mit dem im Haftbefehl identisch. § 138^{a Abs.} 3 StPO - und das ist der Anknüpfungspunkt für diesen Antrag - bestimmt:

"Die Ausschließung ist aufzuheben, sobald ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen."

Nach der Aufhebung des Haftbefehls gegen Kollegen Ströbele, und zwar ausdrücklich mangels Tatverdachts, liegen die Voraussetzungen auch für Herrn Ströbeles Ausschließung von der Verteidigung seines Mandanten Baa. nicht mehr vor.

Zweitens:

§ 138^{a Abs.} 3 dieser eben zitierten Gesetzesbestimmung ist Befehl des Gesetzgebers, nämlich:

Die Ausschließung ist aufzuheben.

Den Verfahrensweg hierfür zeigt, und zwar mangels einer besonderen Regelung in diesem neugeschaffenen § 138 a folgende, der § 138 c StPO auf. Danach hat dieser Senat dem nach § 138 c zuständigen 1. Senat die Akten vorzulegen, und sogleich mit der Vorlage die Hauptverhandlung bis zur Entscheidung durch den zuständigen 1. Senat zu unterbrechen oder auszu-schließen.
^{setzen}

Ich füge ein, ich habe lediglich Unterbrechung beantragt.

Drittens:

Das Gericht hat so im übrigen - wie ich es hier beantragt habe - von Amts wegen zu handeln.

Das Gericht meint - der 1. Senat nach § 138 a Abs. 3 -: dieser Senat per Mitwirkungspflicht jenem die dringend gebotene Entscheidung alsbald zu ermöglichen, diese also zu fördern.

RA Künzel erscheint um 9.09 Uhr.

Die am 1.1.1975 in Kraft getretene neue Bestimmung im § 138 3 StPO ist dem § 120 Abs. 1 S. 1, 1. Halbs. nachgebildet, nämlich:

Der Haftbefehl ist aufzuheben, sobald die Voraussetzungen der Untersuchungshaft nicht mehr vorliegen.

Keine Frage, daß dort das Gericht dem Befehl des Gesetzgebers von Amts wegen zu folgen hat; keine Frage auch, daß nach § 138 a Abs. 3 das Gericht auch hier von Amts wegen zu handeln hat, nämlich:

Die Ausschließung ist aufzuheben.

Mein Antrag entspricht dem Antrag vom 21.5.1975 der B.Anwaltschaft, nämlich:

die Akten nach § 138 c Abs. 2 S. 2 StPO dem zuständigen Strafsenat des OLG Stuttgart vorzulegen, damit jener gem. § 138 a Abs. 3 die Ausschließung des RA Ströbele von der Vertretung des Angekl. Baa. aufhebe und bis zu jener Entscheidung die Hauptverhandlung hier zu unterbrechen.

Viertens:

Wo von Amts wegen zu handeln ist, kommt es insoweit auf eigene Ansprüche des Angekl. nicht an.. auf eigene prozessuale Ansprüche des Angekl. nicht an.

Gesetzliche Handlungspflichten des Gerichts hängen nicht ab von Privatinitiativen, wo nämlich - wie hier - ein eindeutiger Befehl des Gesetzgebers normative Fixierung gefunden hat.

Gleichwohl hebe ich aber hier besonders hervor:

Herr Baa. hat den Anspruch auf die hier beantragte Unterbrechung:

a) Sein Verteidiger Ströbele ist zur heutigen Verhandlung nicht geladen - ich verweise auf die §§ 217 und 218 StPO -, und somit kann nach dem Gesetzestext des § 217 2 i. V. m. § 218 S. 2 der Angekl. bis zum Beginn seiner Vernehmung zur Sache die Aussetzung der Verhandlung verlangen;

b) Herr Baa. hat den Anspruch auf den Verteidiger seines Vertrauens, hier um so mehr, als RA Strö. auf seine - Baa. - Verteidigung in diesem Verfahren seit langem

sorgfältig vorbereitet ist. Diesen Anspruch genau hat dieser Senat ausdrücklich anerkannt, nämlich in seinem Beschluß vom 11.6.1975 - und mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich einen kurzen Passus von Bl. 292 des Protokolls - nämlich:

"Das Recht auf den Anwalt des Vertrauens wird weder vom Senat noch sonst irgendwo bestritten und in keiner Weise angezweifelt. Dieses Recht ist auch Herrn Baa. nicht streitig gemacht worden. Es ist aber selbstverständlich, daß sich dieses Recht auf den Anwalt des Vertrauens nur auf solche Anwälte beziehen kann, die nach der geltenden Rechtsordnung imstande sind, in einem Verfahren auch aufzutreten."

Ende dieses Zitats aus Ihrem Senatsbeschluß vom 11.6.75 auf Bl. 292 des Protokolls.

Zuletzt hieß es:

"... die nach der geltenden Rechtsordnung imstande sind, in einem Verfahren auch aufzutreten."

Herr Strö. ist nach geltendem Recht imstande, in diesem Verfahren aufzutreten - das sagt eindeutig § 138 a in seinem Abs. 3;

- c) Herr Baa. hat den Anspruch auf diese Unterbrechung auch aus § 265 Abs. 4 StPO. War ihm - wie hier - zu Unrecht, wie sich jetzt herausgestellt hat, der Verteidiger seines Vertrauens durch Gerichtsentscheidung entzogen worden, so gebietet Gerechtigkeit, prozessuale Gerechtigkeit, Essentiale des Rechtsstaatsprinzips, ohne Gesetzeszwang diese Rechtsbeschränkung auch nur einen einzigen Tag länger ~~wären~~ zu lassen, um so stärker sein - Herrn Baa. - Anspruch aus § 265 4 StPO, welcher die prozessuale Fürsorgepflicht des Gerichts besonders intensiv fixiert.

Am Rande nur allerdings gleichwohl wiederholt der Hinweis auch auf § 338 Nr. 8 StPO: Revisionsgrund; hier: die Möglichkeit des absoluten Revisionsgrunds.

d) Ich bitte den Senat, hierfür - für diese Entscheidung, die von mir beantragt wird - besonders auch in Betracht zu ziehen, daß so, wie Herrn Baader den Anspruch darauf hat - ich zitiere aus Bundesverfassungsgericht 16 aus Bl. 217 - "... den Anspruch darauf hat, von einem Anwalt seines Vertrauens verteidigt zu werden .."

- Ende des Zitats -,

- RA Schily erscheint um 9.14 Uhr. -

so auch der zu weiterer Verteidigung des Herrn Baader bereite RA Ströbele eigenen Anspruch und aus dem bestehenden Mandatsverhältnis auch Verpflichtung, ich wiederhole: aus dem bestehenden Mandatsverhältnis auch Verpflichtung hat, seinen Mandanten..

RA Sch.:

Herr Vors., darf ich einen Moment unterbrechen?

Ich habe festgestellt, daß noch eine Reihe von Plätzen frei sind. Es sind drei Kollegen aus Paris hier erschienen, die keinen Einlaß finden, u. a. die Frau Kollegin Doumbois, ihre Schwester und ein französischer Kollege, dessen Namen ich jetzt im Moment nicht präsent habe, haben mich draußen angesprochen.

Wäre es möglich, daß diese drei Kollegen doch noch Einlaß finden?

V.:

Sind die drei Kollegen in der Reihenfolge jetzt die nächsten, die zugelassen werden müßten?

RA Sch.:

Das kann ich nicht sagen.

V.:

Wir haben um halb zehn - das ist ja die endgültige Regelung - die Möglichkeit gegeben, die nichtbelegten Presseplätze auch für das Publikum, mit Ausnahme einer bestimmten Anzahl, freizugeben, und diese Regelung gilt auch für die Damen und Herrn, die draußen sind.

RA Sch.:

Da sind ja noch hinten auch Plätze frei, seh ich grade.

Band 54/zi

3443 / 444

V.:

Dann bitte ich, sofort dafür zu sorgen, wenn das der Fall ist, daß weiteres Publikum, das noch draußen wartet, zugelassen wird. Es ist selbstverständlich, daß niemand draußen warten muß oder warten darf, solange noch Plätze im Saale frei sind.

Bitte?

Vors. auf Zuruf:

Alle belegt.

RA. Sch.:

Ja, aber da hinten sind doch noch Plätze, seh ich doch da.

V.:

Das sind Presseplätze.

RA Schi.:

Was, hinten an der Mauer?

V.:

Ja sicher.

RA Sch.:

An der Mauer?

V.:

Ja.

Herr RA v. Plottnitz bitte.

RA v.Pl.:

Ich dachte, die Presseplätze seien die hier vorne.

V.:

Nein, nein. Wir haben 80 Presseplätze. Davon sind etwa 60 vorne und die weiteren 20 sind rückwärts.

RA v. Pl.:

Herr Vors., der Verteidigung ist in diesem Zusammenhang zur Kenntnis gelangt - ein Vorgang, der an und für sich erfreulich ist -, und zwar soll der Senat einem Vertreter der Association Internationale des Jennes Avocats den Status eines offiziellen Beobachters zugestanden haben, und zwar der gestalt, daß der Kollege, der als Beobachter in der heutigen Sitzung anwesend ist, Gelegenheit erhalten hat, nicht durch die Zuhörer.. den normalen Zuhörereingang, sondern durch den Eingang für Prozeßbeteiligte zum Prozeß-

gebäude zu gelangen und auch auf offiziell reservierten Plätzen anwesend gewesen ist. Sie erinnern sich, daß wir vor 2, 3 Wochen bereits einmal gebeten haben, französische Kollegen, die im Auftrag der Internationalen Liga für Menschenrechte diesen Prozeß beobachten wollten - also auch im Auftrag einer großen internationalen Organisation - und daß dieser Antrag abgelehnt worden ist mit dem Hinweis darauf, daß es den Status von Prozeßbeobachtern zu diesem Prozeß nach dem Willen des Senats nicht geben soll.

Darf ich um Aufklärung bitten, nach welchen Maximen Prozeßbeobachter zugelassen werden und nach welchen Maximen nicht?

V.:

Ich weiß nicht, ob es sehr sinnvoll ist, daß wir den Antrag von Herrn RA Dr. Heldmann nun so zerpfücken.

RA v. Pl.:

Gut. Ich stelle die Frage zurück.

V.:

Ich kann Ihnen ganz einfach sagen, der Straßburger Kollege - er ist anwesend; ich sehe ihn hier sitzen - hat, als ich mit ihm gesprochen habe, mir erklärt, daß seine Vereinigung für französische Verhältnisse den Status vergleichbar mit unserer Anwaltskammer wahrnehme. Die Anwaltskammer bekommt bei uns selbstverständlich auch als eine dienstliche Veranlassung die Möglichkeit, solche Dienste ^{siehe} in Anspruch zu nehmen.

Das ist der Unterschied gewesen zu den andern Fällen.

Wie gesagt:

Sofern Besucher noch da sind und Plätze, ^{diese} bitte freigeben, um halb zehn selbstverständlich, Wenn die betreffenden Damen und Herrn dann an der Reihe sind, haben sie Zutritt zu den offenen Presseplätzen.

Herr RA Dr. Heldmann, bitte schön.

RA Dr. He.:

Es war sicher wichtig, diese Unterbrechung, da es hier um das Prinzip der Öffentlichkeit geht; gleichwohl tut es mir leid, daß Ihre Spannung, meinen Antrag zu Ende zu hören, unterbrochen worden ist.

Ich fasse also den letzten Abschnitt zusammen:

Unter Punkt 4 habe ich in drei verschiedenen Punkten die eigenen prozessualen Ansprüche des Herrn Baader, die dieses Aussetzungsgesuch begründen, dargelegt und bin dann unter Ziff. d, dem letzten Punkt, auf folgendes noch übergegangen, und ich wiederhole:

Ich bitte den Senat, für seine Entscheidung, die ich hier begehre, besonders auch in Betracht zu ziehen, daß so, wie Herr Baader, den Anspruch - und jetzt Zitat aus Bundesverfassungsgericht 16 auf S. 217 - "...den Anspruch darauf hat, von einem Anwalt seines Vertrauens verteidigt zu werden..."

so auch der zu weiterer Verteidigung des Herrn Baader bereite RA Ströbele eigenen Anspruch und auch aus dem bestehenden Mandatsverhältnis ja eine eigene Verpflichtung hat, seinen Mandanten hier und heute zu verteidigen, nachdem gesetzliche Voraussetzung für seine Ausschließung nicht mehr vorliegt. Dem aus dem Rechtsstaatsprinzip folgenden Anspruch des Angeklagten auf den Verteidiger seines Vertrauens korrespondiert das durch Art. 12 des GG geschützte Verteidigerrecht, wo gesetzliche Einschränkung nicht - oder wie hier: nicht mehr - vorliegt.

Aus diesen tatsächlichen Gründen, die nach meiner Auffassung so und nicht anders rechtlich zu würdigen sind, bitte ich, meinem Unterbrechungsantrag stattzugeben und - wie ich es ausdrücklich im Antrag gesagt habe - die Akten nach § 138 c 2 S. 2 dem zuständigen Strafsenat des OLGs vorzulegen, damit jener gem. § 138 a Abs. 3 die Ausschließung des RA Ströbele von der Verteidigung des Angeklagten Baader aufhebe.

V.:

Herr Dr. Heldmann, haben Sie diesen Antrag schriftlich vorliegen?

RA Dr. He.:

Ich habe ihn in Form handschriftlicher Notizen.

V.:

Es ist nicht dringend notwendig, aber es wäre ^{Notizen} doch wünschenswert, wenn Sie uns freundlicherweise die/überlassen könnten.

Band 54/zi

RA Dr. Heldmann

3443 / 447

RA Dr. He.:

Jawohl, selbstverständlich.

V.:

Dann werden wir 'ne Fotokopie herstellen, und Sie bekommen dann den Antrag sofort wieder zurück. Danke schön.

RA Dr. Heldmann übergibt dem Senat seinen handschriftlichen Antrag, um diesen fotokopieren zu lassen.

Die Fotokopie des Antrags wird dem Protokoll als Anl. 1 beigelegt.

V.:

Für den Senat wäre es natürlich wichtig, daß er genau erfahren könnte, wie die Situation in Berlin ist.

Muß die B.Anwaltschaft dazu irgendwelche Recherchen anstellen oder sind Sie imstande...

B.Anw. Dr. Wu.:

Herr Vors., vorab möchte ich sofort nur erklären, daß die mit dem Verfahren gegen Herrn RA Ströbele befaßte Staatsanwaltschaft gegen die zitierte Entscheidung des Berliner Richters Beschwerde eingelegt hat.

Zur Aussetzung oder Unterbrechung des Verfahrens besteht deshalb derzeit kein Anlaß.

Wegen der mit dem Antrag verbundenen Rechtsfragen - auch Zuständigkeitsfragen meine ich - wär ich jedoch für eine kurze Pause sehr dankbar. Wir würden diese Pause auch dazu nutzen, in Berlin 'rückzufragen, ob nicht eventuell über diese Beschwerde gar schon entschieden ist.

V.:

Herr RA Schily, bitte.

RA Sch.:

Ich möchte zur Unterrichtung des Gerichts sagen, daß wir den Antrag gestellt haben, über die Beschwerde, die in der Tat eingelegt worden ist, noch am selben Tage der Verkündung der Entscheidung des Amtsgerichts, wir beantragt haben, im Beschwerdeverfahren mündlich zu verhandeln, also über die Beschwerde mündlich zu verhandeln, wie's im Gesetz ja auch vorgesehen ist. Und bisher ist selbst darüber noch nicht entschieden, ob

22.7.75 / 448

Mrs Hr. Heider ~~ist~~ beantworte Rd,

die HV zu unterbreiten:

Mit d. v. 18.7.75 hat das AG Berlin

den HB ff. RA Protokoll

"mangels Tatverdachts"

ausgelassen.

Das ist diese Pressemitteilung d. d. bekannt.

Vorsitzende befragt das Urteil auf die

ausgelassene Vernehmung d. RA's Seite,

Verteidiger d. H. A. in sein Verfahren

1) H. A. ist Verteidiger d. Hr. Heider in d.

Verfahren.

13.

(Bl. 294: Bv. 11.6.75)

Er ist diese Frage v. 8.5.1975 d. OLG Ap,

1. S., v. d. Verteidiger d. H. B.

Auspassieren lassen: nach P 138a

I + II hat 1;

Da also, wird es ~~zu~~ wohl zu einem

Prüf im Ausnahmefall kommen

138a I

138a II 1

22.7.75

3443 / 449

(2)

Im 10 + in d. ~~der~~ recht
Lichtig werden d. "Prinzip Tatverbot" ^{und dann}
im Anschluss beseitigt & im HB
identifiziert.

138 im APO bestimmt: |

Weg d. Antrags d. HVs "mangelts
Tatverbot" ergehen d. Vorbestimmungen
f. HB's Anschluss d. Verordn.
s. Min B nicht mehr vor.

2) 138 III unter d. Punkt d. Bestenfalls;
"bz. Anschluss im aufzuheben . . ."

im Bestenfalls zeigt, mangelts
bestimmte Regelung, § 138 c auf:
dann ist dies Punkt zum weil
§ 138 c d. 1. Punkt d. 1. Absatz
bestimmte, + zeigen sich d. Vorbest.
d. HV bz. im Entwurf sich im
Zustand d. Punkt d. unbestimmten
oder aufzuheben.

22.7.75
3443 / 450

(3)

3) Das ~~gesetz~~ ^{besitzt} hat, ^{in ~~den~~ 30} etc hier

beantworte, von auch erpen 82

Laubeln: und vor d. 1. Juni nach 1380 in

V hier Janot
pas mit Wiskopplent,
zumeist die bringend
sichere Entscheidung
obwohl zu ermöglicht
hier zu lösen.

die am 1.1.75 im Kopf gestante neue
Mitt in P 138 in APPO in P 120 5 51, 1. H

nachgestaltet:

4 d HB in auf haben, sobald 1 Verord-
ungen d U'k' wird noch vertragen...

Keine Frage, ob das besitzt zum
Recht d Bestand v aus erpen

zu haben hat; keine Frage,
ob nach 138 a in es besitzt aus

von aus erpen zu haben
hat: " die Anders in auf haben..."

Mein Antrag entfällt 8 Antrag v 21.5.75
d BA in, nach ill:

die alten nach P 138 c in 52 APPO
zum ersten mal im Vertrag d OLG

vertragen, damit das erste
mal P 138 a in APPO d Anders

d RA in v d Verm d Ausgabe B
aufgabe,

und,
es zu zuerst Entwurf d HU zu

unterstellen

20 von Amts wegen zu korrigieren,
kann es insofern auf eigene
Patrie Anweisung d. A. nicht an.

22.7.75

3443 / 451

(4)

Belehrungspflicht (H. B. 107)
Am 11. Gerichts-
kammer nicht
ab v. Privat-
initiativen.
Belehrung sollte zu
bedeutend beschränkt:

H. B. 107 hat zwei Ausprägungen auf
die unter belehrungspflicht (H. B. 107)
a) sein Verbot des in der letzten
Verdacht nicht stehen: §§ 217, 218 StPO;
" ... so kann d. Angekl. bei einem
Gepäck d. Vernehmung & solche
d. Verdacht d. Verdacht verlaufen"
(217 II i. V. m. 218 I 2).

b) H. B. 100 hat zwei Ausprägungen auf den
Verbot des Verstoßes

- ¹⁷⁰⁰ Verstoß, der RA ist
auf d. Verstoß in d. Verfahren
mit langem zeitlich übersteuert
in.

dessen Verstoß hat d. Recht
außerordentlich ausdrückt:

Bv. 11.6.75, Bz. 292

.....

H. B. 107 nach § 117 d. Instanz,
in dessen Verfahren auf Erklärung:

1438 a II StPO.

(5)

c) H Bao hat zur Ausfertigung
auf d. Unterbrechung auch auch
§ 265 IV APPO :

⁴⁰⁰
~~400~~ Sum, er besteht, um die
nicht heranzuführen hat, d. Verfall
s. Verfallens für die Gerichtsverfahren
entfallen werden, so ist die
Beschwerde, Essentiale d. Rechts-
Prinzipien, nicht diese
Gesamtheit der Minderheiten
auch uns einen Teil davon
wissen zu lassen.

Wurde nicht sein Ausfertigung auch
§ 265 IV; - ⁴⁰⁰ ~~400~~ d. Prozess
Friedenspflicht d. bereits ges. fixiert.

Am Ende uns, unterteilt
diesem, d. Minderheiten auch
§ 338 40 § APPO.

d) Zu bitte i must, sodass auch
 in Notzeit zu stehen, da/so
 wo + B den "Anspruch" voraussetzt
 hat, von einem Anwalt seines
 Vertrauens vertreten zu werden
 (so BVerfGE 16, 214, 217) -
 so auch d z weiterer Vertretung
 dH Baa besitze LA soziale
 eigenen Ansprüche - und auf
 dem bestehen die ver auch
 Verpflichtung! - hat, i den
 hier + keine zu vertreten,
 nach dem soziale Voraussetzung
 f s Anspruch nicht mehr
 vorliegt.

Wenn auch dem II' Antragspunkt
 folgen Ansprüche d A auf den
~~sozialen~~ Vertretung o Vertretung
 korrespondiert das auch durch
 Art 12 I GG gesammte ~~gesetzlich~~
Vertretung, wo soziale Einkommen,
 nicht - aber nicht mehr -
 vorliegt (BVerfGE 34, 293).

diese mündliche Verhandlung stattfinden soll.
Die von der Staatsanwaltschaft in Berlin angekündigte Beschwerdebegründung, zu der wir auch noch Stellung nehmen wollen, ist uns bisher noch nicht zugegangen. Herr Ströbele hat gestern den Vorsitzenden der Strafkammer aufgesucht, um sich zu vergewissern, ob schon eine Beschwerdebegründung vorliegt; die lag also bis gestern noch nicht vor, und ich nehme an, daß also dann erst eine Abstimmung der Termine stattfinden muß, denn ich kann ja nun auch nicht hier wegbleiben. Es müßte also eine Abstimmung der Termine dann stattfinden mit der Beschwerdekammer, wann die mündliche Verhandlung ohne Beeinträchtigung dieser hiesigen Verhandlung stattfinden kann.

V.:

Gut.

Herr RA Dr. Heldmann.

RA Dr. He.:

Die Beschwerde hat ja keinen Suspensiveffekt.

V.:

Es muß trotzdem Klarheit geschaffen werden, wie die Dinge liegen.

Reicht Ihnen die Pause bis 10.00 Uhr, um die Fragen alle zu klären, die notwendig sind?

Ja nun. Ich möchte bloß, daß die Prozeßbeteiligten wissen, mit welchen Zeiträumen sie zu rechnen haben.

B.Anw. Dr. Wu.:

Bis zehn Uhr jedenfalls.

Sollten wir dann noch nicht fertig sein, würde ich Bescheid geben.

V.:

Dann bitte ich also die Beteiligten, um zehn Uhr wieder hier zu sein.

Die Angeklagten sind zurückzubringen; Sie können zu viert sich unterhalten. Bei Anwaltsbesuchen Einzelbesuche.

Pause von 9.24 Uhr bis 10.28 Uhr.

Ende von Band 54.

Fortsetzung der Hauptverhandlung um
10.28 Uhr

V.:

Wir sind, wie ich sehe, vollzählig. Frau Rechtsanwältin Becker ist auch jetzt beteiligt, so daß wir die Sitzung fortsetzen können. Ich darf der Bundesanwaltschaft das Wort erteilen.

BA.Dr. W.:

Ich beantrage, die Anträge auf Vorlage der Akten an den I. Strafsenat und Unterbrechung der Hauptverhandlung zurückzuweisen. Der I. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat nach sorgfältiger Prüfung und dem Ergebnis der nach mündlicher Verhandlung erhobenen Beweise, Rechtsanwalt Ströbele als Verteidiger in diesem Verfahren ausgeschlossen. Zur Begründung hat er ausgeführt, daß die vorgelegten Beweismittel den dringenden Tatverdacht begründen, daß Rechtsanwalt Ströbele die kriminelle Vereinigung des Angeklagten Baader u.a., die Rote Armeebraktion, jedenfalls nach dessen Festnahme mindestens unterstützt hat. An dieser Beweislage hat sich nichts geändert. Der Haftrichter des Amtsgerichts Tiergarten hat zwar in anderer rechtlicher Würdigung den dringenden Tatverdacht, nicht den Tatverdacht schlechthin, wie vorhin vorgetragen wurde, verneint. Er hat in seinem Beschluß jedoch unzweifelhaft zu erkennen gegeben, daß auch er einen hinreichenden Tatverdacht weiterhin für vorliegend erachtet. Selbst wenn man dieser fehlerhaften und deshalb sofort angefochtenen rechtlichen Würdigung folgte, wäre der Ausschluß aufrecht zu erhalten, da selbst dann eine Ausschlußvoraussetzung, nämlich hinreichender Tatverdacht gem. § 138 a Abs. I StPO, bestehen bliebe. Ergänzend bleibt festzustellen, daß auch der III. Strafsenat des Bundesgerichtshofs das Verhalten des Rechtsanwalts Ströbele in verschiedenen Beschlüssen nicht anders, als der I. Strafsenat in Stuttgart, gewertet hat. Damithin keine neuen Tatsachen vorgebracht wurden und oder erkennbar sind, besteht für das Prozeßgericht kein Anlaß, die Akten dem I. Strafsenat vorzulegen und die Hauptverhandlung zu unterbrechen.

Band 55/Ko

V.:

Danke. Herr Rechtsanwalt Schily.

RA.Sch.:

Ich habe, nur vielleicht zur Information, ich weiß nicht, ob Herr Bundesanwalt Dr. Wunder, ich habe mich ja ein bißchen verspätet heute morgen, ich weiß auch nicht, ob der Kollege Dr. Heldmann das hier vorgetragen hat. Aber zur Information Herr Bundesanwalt Dr. Wunder. Herr Kollege Ströbele hat sich in dem Verfahren, in dem Haftprüfungsverfahren, ausgiebig zur Sache geäußert. Und ich würde doch denken, daß diese Äußerung zur Sache sicherlich ein Element der Entscheidung des Amtsgerichts Tiergarten war und insofern auch eine neue Tatsache. Es ist nämlich nicht nur, wie Sie sagen, eine andere rechtliche Würdigung, sondern es ist eben eine ausgiebige, ausführliche Erklärung des Kollegen Ströbele zur Sache und es hat ja auch da eine Auseinandersetzung gegeben, zwischen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung und Herrn Kollegen Ströbele, darüber was nun eigentlich konkret vorgeworfen wird. Ich darf Ihnen das vielleicht einmal erläutern. In dem Haftbefehl gegen den Kollegen Ströbele stand unter anderem, daß der Tatverdacht darauf gestützt werde, daß sich Herr Kollege Ströbele angeblich in zahlreichen Erklärungen mit den Auffassungen seiner Mandanten identifiziert habe. Daraufhin hat der Kollege Ströbele Veranlassung gesehen, dem Haftrichter die Frage zu stellen, dem früheren Haftrichter, also dem Urlaubsvertreter, der diesen Haftbefehl erlassen hatte, welche Erklärung er denn damit meine. Und da brach das große Schweigen leider aus, bei diesem Richter. Und schließlich hat er sich darauf zurückgezogen, der Kollege Ströbele habe doch einmal von Justizterror gesprochen. Daraufhin hat der Kollege Ströbele gefragt, wann er denn von Justizterror gesprochen habe. Darauf wußte auch dieser Richter keine Antwort und schließlich gab er dann zu Protokoll, der Kollege Ströbele habe erklärt, das Ziel der Justizbehörden sei die psychische und physische Vernichtung der Gefangenen. Und meinte damit offenbar eine Erklärung, die der Kollege Ströbele bei einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit dem Tode von Holger Meins abgegeben habe. Es stellte sich somit heraus, daß dieser

Band 55/Ko

frühere Richter aus praktisch nur einem Extrakt der Zeitungslektüre, so hat er nämlich sich auch ausgedrückt, ich hab doch Zeitung gelesen, praktisch nur ein Extrakt der Zeitungslektüre, den er aber nicht irgendwie konkretisieren konnte, quasi als Tatsache dann wieder reproduziert hat und auf eine solche psychische Grundhaltung dann ein Haftbefehl gestützt hat. Diese Verfahrensweise hat der jetzt zuständige, und wieder aus dem Urlaub zurückgekehrte Richter nicht mitgemacht, sondern er hat den Staatsanwalt gefragt, auf welche konkreten Tatsachen denn nun eigentlich der Verdacht gestützt werden sollte, daß sich der Kollege Ströbele in irgend einer Weise strafbar gemacht habe und da sind dann auch einige Schreiben diskutiert worden. Das kann man in den Protokollen nachlesen, die sämtlich eher entlastend sind, geschweigenem belastend. Und ich würde also dem Senat, obwohl es jetzt nicht mein Mandat ist, mit dem es also unmittelbar zu tun hat, aber doch dringend empfehlen, die Akten beizuziehen, aus denen sich auch diese Auseinandersetzung ergeben. Die Akten aus denen also auch gerade sich die Einlassung des Kollegen Ströbele ergibt. Ich glaube für die Entscheidung des Senats ist es dringend erforderlich, um sich ein Bild zu verschaffen, was denn eigentlich nun hier als neue Tatsache zu qualifizieren ist oder nicht.

V.:

Sie haben nicht zufällig dieses Protokoll bei sich.

RA.Sch.:

Nein, leider nicht.

V.:

Herr Bundesanwalt Dr. Wunder.

RA.Sch.:

Aber ich könnte es kurzfristig beschaffen, daß wäre keine Schwierigkeit.

V.:

Was bedeutete kurzfristig?

RA.Sch.:

Ich müßte mein Büro anrufen und per Eilboten.....

V.:

Das könnten wir dann selbst besorgen, also wenn Sie's ohnedies nur aus Berlin her holen könnten.

Band 55/Ko

RA.Sch.:

Nein, ich hab's jetzt leider nicht dabei.

V.:

Danke. Herr Bundesanwalt Dr. Wunder.

BA.Dr.W.:

Die uns bekannte Einlassung des Herrn Rechtsanwalt Ströbele gipfelt im wesentlichen darin, daß er sich für sein Verhalten für berechtigt hält. Er hat, um es kurz zu sagen, von den maßgeblichen Vorwürfen nichts bestritten.

RA.Sch.:

Herr Kollege Dr. Wunder, das ist einfach falsch, dann haben Sie die Einlassung nicht gelesen.

V.:

Wir werden uns in dieser Richtung dann auch Klarheit verschaffen. Der Senat wird die Sitzung heute nachmittag 14.15 Uhr fortsetzen. Es wird möglicherweise einige Zeit in Anspruch nehmen, bis wir uns über verschiedene Dinge klar werden können.

14.15 Uhr Fortsetzung.

RA.Sch.:

Soll ich mich noch bemühen um das Protokoll?

V.:

Danke nein, wir machen es selbst.

Der Senat zog sich um 10.36 Uhr zur Beratung zurück.

Ende von Band 55

Nach Wiedereintritt des Senats um 14.17 Uhr
wurde die Sitzung wie folgt fortgesetzt.

Reg. Dir. Widera und Staatsanwalt Holland
waren nicht^{mehr}/anwesend.

Als Sachverständiger war Prof. Dr. Ehrhardt an-
wesend.

V.:

Ich bitte Platz zu behalten.

Wir setzen die Sitzung fort, wie ich sehe in voller Be-
setzung. Es ist auch noch anwesend Herr Prof. Dr. Ehrhardt.

- Wir danken Ihnen, daß Sie erschienen sind, Direktor des
Instituts für forensische und soziale Psychiatrie der
Universität Marburg. Herr Prof. Dr. Ehrhardt ist, wie ja
schon durch den Beschluß vom 18. 7. bekanntgegeben worden
ist, vom Senat aus dem Fachbereich "Psychiatrie" bestellt
worden, als Sachverständiger. Der Senat ist damit dem Vor-
schlag der zuständigen deutschen medizinischen Gesellschaft
gefolgt.

Wir haben nun unsere Überlegungen zu dem heute früh ge-
stellten Antrag bekanntzugeben.

Herr Rechtsanwalt Dr. Heldmann, die Mittagspause wurde
dazu benützt, die Unterlagen von Berlin zu beschaffen.
Es handelt sich um eine Vernehmung von Herrn Rechtsan-
walt Ströbele, die sich über 3 Tage erstreckte. Das ist
ein Material, das über 40 Seiten umfaßt, dazu eine ganz
kurze Vernehmung, die der Aufhebung des Haftbefehls vor-
ausging. Da wir diese Unterlagen mit, d. h. also diese
Vernehmung mit zum Gegenstand unserer Entscheidung über
Ihren Unterbrechungsantrag machen müssen, werden wir Ihnen
diese Unterlagen hiermit übergeben und Sie haben Gelegen-
heit, sich dazu zu äußern bis morgen um 15.00 Uhr.

Mit Rücksicht darauf, daß diese Frist gesetzt ist, wird
die Sitzung bis zum Donnerstag, den 24. 7. 1975, 9.00 Uhr,

Band 56/Be

das heißt, die Sitzung wird am Donnerstag, 9.00 Uhr, fortgesetzt.

Sämtliche Beteiligten werden hiermit dazu geladen. Bis dahin ist die Sitzung beendet.

Rechtsanwalt Dr. Heldmann wurden Fotokopien der Vernehmungsniederschriften des AG Berlin-Tiergarten vom 2.4. und 7.7.1975 sowie das fernschriftlich mitgeteilte Haftprüfungsprotokoll desselben Gerichts vom 18.7.1975 übergeben.

- Die Sitzung wurde um 14.21 Uhr beendet -

Ende Band 56